

**Schwerin** • Die PDS startete in das neue Jahr mit Paukenschlägen. Kritik an der Kreisreform, Verschiebung des neuen Schulgesetzes, Widerstand gegen Hartz IV. Heute findet in Neubrandenburg ein Kleiner Parteitag statt, auf dem PDS-Landeschef Peter Ritter seine Partei auf das neue Jahr einschwören will. Wir sprachen mit ihm.

**Frage: Herr Ritter, warum steigt Ihre Partei plötzlich wieder auf die Reformbremse?**

**Ritter:** Wir stehen nicht auf

# PDS: Weg von Billiglohn und längeren Arbeitszeiten

## Gespräch mit Landeschef Peter Ritter vor dem Kleinen Parteitag

der Bremse, sondern wir sind eher in Sorge um das Vorhaben. Die PDS hat sich die vergangenen zwei Jahre so intensiv mit der Verwaltungs- und Funktionalreform auseinandergesetzt wie keine andere Partei. Jetzt werden viele unserer Kritikpunkte auch von anderen Insti-

tutionen aufgegriffen. Der Landesrechnungshof hat verfassungsrechtliche Bedenken. Die kommunalen Spitzenverbände auch. Das kann die Politik nicht einfach ignorieren. Wir müssen den Gesetzentwurf so qualifizieren, dass das Modernisierungsvorhaben auch erfolgreich umgesetzt werden kann – und das wollen wir.

**Frage: Und bei der Schuldebatte, was treibt Sie da um?**

**Ritter:** Da ist es ähnlich. Auf unsere Initiative wurde 1998 die schulartenunabhängige Orientierungsstufe in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Die SPD hat die Umsetzung verhindert. Nach PISA ist die öffentliche Debatte um längere Schulzeiten erneut entbrannt. Da sagen wir als PDS, das Eisen muss geschmiedet werden. Wir wollen, dass längeres gemeinsames Lernen an unseren Schulen wieder möglich wird.

**Frage: Ihr Koalitionspartner SPD will maximal sechs Jahre gemeinsame Schule, Sie acht Jahre – was nun?**

**Ritter:** Ein Vorgehen in zwei Schritten wäre sinnvoll. Zunächst führen wir eine längere gemeinsame Schulzeit bis zur

Klasse 6 ein und bauen das später bis mindestens zur 8. Klasse aus. Das ist der Vorschlag der PDS. Da gibt es nicht nur Beifall. Vor allem an den Gymnasien herrscht Widerstand. Darüber müssen wir reden. Bildungsinhalte müssen neu ausgestaltet werden. Dass Änderungen im Bildungssystem notwendig sind, liegt auf der Hand.

**Frage: Sie sprechen von langen Zeiträumen, sind Sie sich sicher, dass die PDS über das Jahr 2006 hinaus der Wunschpartner der SPD in der Regierung ist?**

**Ritter:** Für 2006 gilt: Mehr Stimmen für die PDS für mehr soziale Gerechtigkeit. Dennoch ist es sinnvoll, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen. Und: Nicht nur für die SPD gibt es 2006 zwei Optionen, auch für uns.

**Frage: Sie haben die Option, auch in die Opposition zu gehen, die Stimmen, die dies fordern, sind ja wohl in der PDS noch immer nicht verhallt...**

**Ritter:** Die Stimmen gibt es, aber gegenwärtig haben wir uns entschieden. Für die Zukunft lautet unser strategisches Dreieck:

- Protest und Widerstand gegen eine unsoziale und ungerechte Politik;
- Anspruch auf Mitbestimmung als Regierungspartei;
- und zugleich eine innerparteiliche und gesellschaftliche Debatte über Visionen zu führen, die über die bestehende Gesellschaftsordnung hinausgehen.

Was wir auf alle Fälle nicht wollen, ist, alles zu akzeptieren, was aus Berlin kommt, so wie es die SPD im Lande tut und die CDU getan hat.

**Frage: Das bringt Ihnen aber bei Ihrem Koalitionspartner den Vorwurf ein, dass die PDS populistisch ist...**

**Ritter:** Der Vorwurf trifft mich nicht. In mein Wahlkreisbüro in Malchin kommen täglich Menschen, die von Hartz IV betroffen sind. Diese anzuhören, ihnen zu helfen, das kann nicht populistisch sein. Populistisch ist, wenn sich der Ministerpräsident jetzt über die Ost-West-Unterschiede beim ALG II beschwert. Er hätte früher handeln können.

**Frage: Warum sind Sie so vehement gegen Hartz IV?**

**Ritter:** Das grundlegende Problem ist, dass mit Hartz IV keine Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Frage: Und das kann die PDS?**

**Ritter:** Es hat in der Auseinandersetzung mit unserem Koalitionspartner lange gedauert, bis der begriffen hat, dass z.B. Konversion auch Wirtschaftspolitik ist. Da können Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Umweltbereich ist über die Förderung der regenerativen Energieerzeugung ein neuer Wirtschaftszweig entstanden. Mit den Schulsozialarbeitern und bei zahlreichen Arbeitsförderprojekten in den Gemeinden haben wir Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ein Anfang. Wir werden in unserer Strategiediskussion die wirtschaftspolitischen Angebote der PDS noch stärker in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft.

**Frage: Wie soll die aussehen?**

**Ritter:** Weg vom Billiglohnland MV, weg vom Lohnverzicht, weg von Arbeitszeitverlängerungen. Wenn das etwas bringen würde, wäre Mecklenburg-Vorpommern schon längst eine Insel der Glückseligen.

Interview: Stefan Koslik

